

KOMMENTARE

Wo hakt es überall?

HERMANN MÜLLER

Im Jahr 1991 haben Deutschland und Polen einen Nachbarschaftsvertrag geschlossen. Pflichtgemäß werden Politiker zum 35. Jubiläum in Festreden von einem großen Erfolg, einem guten Handelsaustausch und den mittlerweile fast 500 deutsch-polnischen Kommunalpartnerschaften reden. Doch die Realität ist spröder. Das bilaterale Verhältnis mit dem östlichen Nachbarn ist längst noch nicht so eng wie das zwischen Deutschland und Frankreich.

Grund dafür ist nicht nur die Regierungszeit der PiS, die zu einer Eiszeit in den Beziehungen geführt hatte. Die Kaczyński-Partei hat über Jahre die Beziehungen mit einer oft konfrontativen Rhetorik belastet, Deutschland regelmäßig als hegemoniale Macht dargestellt und alte Ressentiments für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert. Bis heute stellt die PiS Premier Donald

Tusk systematisch als einen Politiker dar, dessen Loyalität nicht Polen, sondern Deutschland gilt. Das Bild von Tusk als „deutschem Agenten“ fällt insbesondere in den strukturschwächeren Gebieten Ost- und Südpolens noch immer auf fruchtbaren Boden. Obendrein hat die Kaczyński-Partei inzwischen auch noch Konkurrenz bekommen, die noch radikaler daherkommt. Dies engt auf absehbare Zeit die Spielräume der Tusk-Regierung ein, die Beziehungen zu Deutschland deutlich zu verbessern.

Wir müssen jedoch auch einräumen: Ein Teil der deutschen Politiker hat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs für Polen nie ein so großes Interesse entwickelt wie etwa für Frankreich. Der geschichtsbewusste Helmut Kohl ist mit seinem starken Engagement für den östlichen Nachbarn – etwa für den EU-Beitritt Polens – mehr eine Ausnahme als der Normalfall im deutschen Politikbetrieb geblieben.



Konservativer Neustart: Péter Magyar bei seiner Amtseinführung

Bild: picture alliance/associated press

Fest der Verwahrlosung

HAGEN RITTER

Für die Mitarbeiter der Berliner Stadtreinigung (BSR) hatte der diesjährige Tag der Arbeit eine ganz besondere Bedeutung. Sie sammelten nach dem 1. Mai in der deutschen Hauptstadt rund 350 Kubikmeter Müll ein. Die Mai-Feiern haben in den Parks und Straßen Berlins doppelt so viel Müll hinterlassen wie im Vorjahr.

Besonders betroffen war der multikulturelle Szenebezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Der Görlitzer Park – Protestsymbol der linken Szene – wurde am 1. Mai ausnahmsweise nicht von Drogendealern dominiert, sondern von Tausenden Feierlustigen, die nach ihrem Abzug eine verdreckte Partymeile hinterlassen hatten – übersät mit einem Meer aus Glasflaschen, Scherben, Grillresten und Plastiktüten.

Nach dem Ende der Feier musste die Stadtreinigung kubikmeterweise Abfall zusammensammeln, der mit großen Lastwagen abtransportiert wurde. Wie das grün geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg mitteil-

te, ist „die enorme Zunahme des Müllaufkommens besonders besorgniserregend“. Dem Bezirk bleibt es nun überlassen, die entstandenen Schäden und Verwüstungen an der Parkanlage zu beseitigen.

Es ist eine bittere Ironie, dass ausgerechnet diejenigen, die besonders laut und radikal nach „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ rufen, ein Schlachtfeld aus Glasscherben und Müll hinterlassen, das anschließend von hart arbeitenden Menschen aufgeräumt werden muss. In Berlin waren dieses Jahr etwa 170 BSR-Mitarbeiter mit 70 Fahrzeugen unterwegs, um Straßen und Parks wieder sauber zu bekommen. Arbeitsbeginn für die Aufräumarbeiten im Görlitzer Park war übrigens um 3 Uhr nachts.

Der Tag der Arbeit hat in Teilen Berlins das traurige Sittenbild einer Spaßgesellschaft geliefert, die gern mit linksradikalen Parolen provoziert, sich woke und gendersensibel gibt, den Bezug zu den Idealen der klassischen Arbeiterbewegung aber komplett verloren hat.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: Jens Eichler (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Berlin, Wirtschaft, Mensch & Zeit, Wochenrückblick: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:

Commerzbank AG, Kontoinhaber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon

Telefon Redaktion
Fax Redaktion/Anzeigen
Telefon Anzeigen
Telefon Vertrieb
Fax Vertrieb

(040) 4140 08-0
(040) 4140 08-32
(040) 4140 08-50
(040) 4140 08-32
(040) 4140 08-42
(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:

redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

BENCE BAUER

Nach der ungarischen Parlamentswahl vom 12. April 2026 deutet sich ein fulminanter Neuaufbruch in der politischen Landschaft des Landes an. Der designierte Ministerpräsident Péter Magyar (45) von der Tisza-Partei gilt nun als starker Mann und setzt erste Weichenstellungen. Innenansichten aus einem Land im Übergang.

Wahl des neuen Ministerpräsidenten mitsamt Vereidigung fand am 9. Mai statt, was schon an sich ein absolutes Novum in der jüngsten Geschichte Ungarns markiert. Denn bis dahin vergingen stets mehrere Wochen von der Wahl bis zur Kür des neuen Regierungschefs. Der Wahlgewinner arbeitete die vergangenen Jahre kontinuierlich und energisch diesem Ziel entgegen, scheute keine Mühe, ganz Ungarn mit Elan, Ausdauer und Furor kleinteilig zu beackern, hielt Dutzende Wahlkampfveranstaltungen auch in den entlegensten Gegenden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Magyar erhielt 53 Prozent der Stimmen und die Mehrheit in 96 von 106 Wahlkreisen, damit hat er eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Das Ausmaß des Sieges war die größte Überraschung.

Viktor Orbán prägte das Land wie kein anderer. Seit 1990 ununterbrochen Parlamentsabgeordneter, verbrachte er 20 Jahre an der Regierung (1998–2002 und 2010–2026). Junge Menschen kennen kaum einen anderen Premier als ihn. Auch daher ist der Wechsel so abrupt und fast schon unerwartet. Viele sind immer noch verwirrt und können es kaum glauben, dass Orbán wirklich so schnell geht. Zwar wird er von den Seinigen als Parteichef noch gestützt, doch ist man nicht mehr im Überschwang der Begeisterung wie einst. Es regen sich sogar kritische Stimmen, die Orbán persönlich für das schlechte Abschneiden verantwortlich machen. Nun ist aber die Fidesz ohne ihn kaum etwas wert, die meisten Wähler hängen nur seinetwegen an der Fidesz.

Neuer Kopf – nicht neue Politik

Andererseits kann sich Orbán auch als Hürde für einen Neubeginn der Fidesz erweisen. Guter Rat ist also teuer. Neuer Fraktionschef wird Gergely Gulyás, ein Mann der gemäßigten, ruhigen, subtilen Worte und Studienfreund von Magyar. Fidesz war lange Zeit eine europaweit ein-

zigartige Erfolgsformation: Seit 2006 gewann sie ununterbrochen, entfaltete enormes Mobilisierungspotenzial und besetzte Themen geschickt und wählerorientiert: Rigide Migrationspolitik, familien- und wertebasierte Gesellschaftspolitik, Arbeitsmarktboom mit Steuersenkun-

gen, niedrige Energiekosten waren die zentralen Botschaften. Heute sind diese Politiken fast schon naturgegeben, werden auch von Tisza nicht infrage gestellt und entfaltet daher kaum mehr Zugkraft. Bei Fidesz herrscht nach dem Wahlaberlauf daher Agonie.

Der lange und sanfte Abschied, den etwa Angela Merkel in ihrer vierten Legislaturperiode über vier Jahre erlebte, blieb Viktor Orbán verwehrt. Er musste den radikalen Niedergang seiner einstigen gefestigten Vormachtstellung an einem einzigen Abend mit ansehen. Sein Lager erreichte 39 Prozent bei den Wahlen, heute droht es zu zerfallen: Umfragen sehen Fidesz nun bei nur noch 25 Prozent.

Magyar gab selbst die Devise aus, sich als neue, unverbrauchte, korruptionsfreie Fidesz zu geben. Offenbar überzeugte dieses Auftreten viele Unentschlossene, Jung- und Nichtwähler sowie bisherige Orbán-Unterstützer: Kein radikaler Wechsel, sondern eine Auffrischung und eine Abkehr von der als verbraucht und teilweise korrupt wahrgenommenen Fidesz und ihrer wohl eindimensionalen Kommunikation sollten kommen.

Doch welchen Weg Ungarn wirklich gehen wird, steht für die meisten Beobachter derzeit in den Sternen. Kommt mit Tisza die alte Fidesz in neuem Gewand, wie es ein Politologe ausdrückte, eine Fidesz Light? Oder wird alles anders? Werden die neuen Machthaber mit ihrer Zweidrittelmehrheit den Staat umkremeln, oder gehen sie behutsam vor? Was wird aus den angestrebten Vermögensrückgewinnungen oder der Vermögenssteuer? Werden die Personen aus der Orbán-Zeit bleiben oder müssen alle gehen?

Wie tief werden die Brüche, die die avisierte Freigabe aller kommunistischen Geheimdienstakten mit sich bringt? Welchen politischen Preis wird die EU für die Freigabe gesperrter Gelder verlangen? Kann Ungarn weiterhin seine eigene Migrations- und Energiepolitik machen oder muss es sich anpassen? Viele Wähler sind unschlüssig, zumal die Botschaften der politisch wenig erfahrenen Tisza nicht so eindeutig sind. Es herrscht eher der Eindruck, es vielen recht machen zu wollen. Ob dies funktioniert, bleibt abzuwarten.

Ein tiefgreifender Wandel in zentralen Fragen – Migration, Familie, Gesellschaft, Wirtschaft, Energie – ist eher nicht zu erwarten, da auch die Tisza-Partei bürgerlich aufgestellt ist und die bisherige Richtung in diesen Bereichen von der Masse der Ungarn gestützt wird. Allenfalls dürften im Zuge einer besseren Zusammenarbeit mit der EU sanftere Töne zu vernehmen sein und auch ein konzilianterer Kurs eingeschlagen werden, mit sachgerechten Kompromissen.

Euphorie kann schnell verfliegen

In der Innenpolitik kann man damit rechnen, dass Magyar bestrebt sein wird, die bisherigen Orbán-Wähler zu überzeugen und langfristig an sich als „neue Fidesz“ zu binden. Er selbst ist nicht links, sondern konservativ. Folgerichtigerweise müsste er ausgleichend und integrativ auf ihm wichtige bürgerliche Wähler zugehen. Auf Dauer ist fraglich, ob er sich auch auf die linksliberalen Anti-Orbán-Wähler verlassen kann. Sollte er aber wider Erwarten keine gute Regierungsführung hinbekommen oder gar Frustration verursachen, könnte die heutige Euphorie schnell verfliegen.

Die Erwartungshaltung gegenüber dem Wahlgewinner Magyar ist enorm – im In- und Ausland gleichermaßen. Er wurde vor allem gewählt, weil die Ungarn Viktor Orbán überdrüssig geworden waren nach dessen langer Regierungszeit. Sie wollten ein neues Gesicht an der Spitze sehen. Aber nicht alles bei Orbán fanden die Wähler damit automatisch schlecht. Nun lässt man sich auf ein Wagnis ein – ein Wagnis, das frisch, locker, sympathisch, engagiert und eloquent daherkommt, doch immer noch ein Wagnis bleibt. Man kann dem neuen Ministerpräsidenten nur viel Glück und Erfolg wünschen – doch auch Weisheit, Erfahrung und Ausgleich. Denn dies benötigt Ungarn heute mehr denn je.

NEUBEGINN IN BUDAPEST

Das Wagnis der Ungarn

Wahlsieger Péter Magyar steht vor einer schwierigen Aufgabe